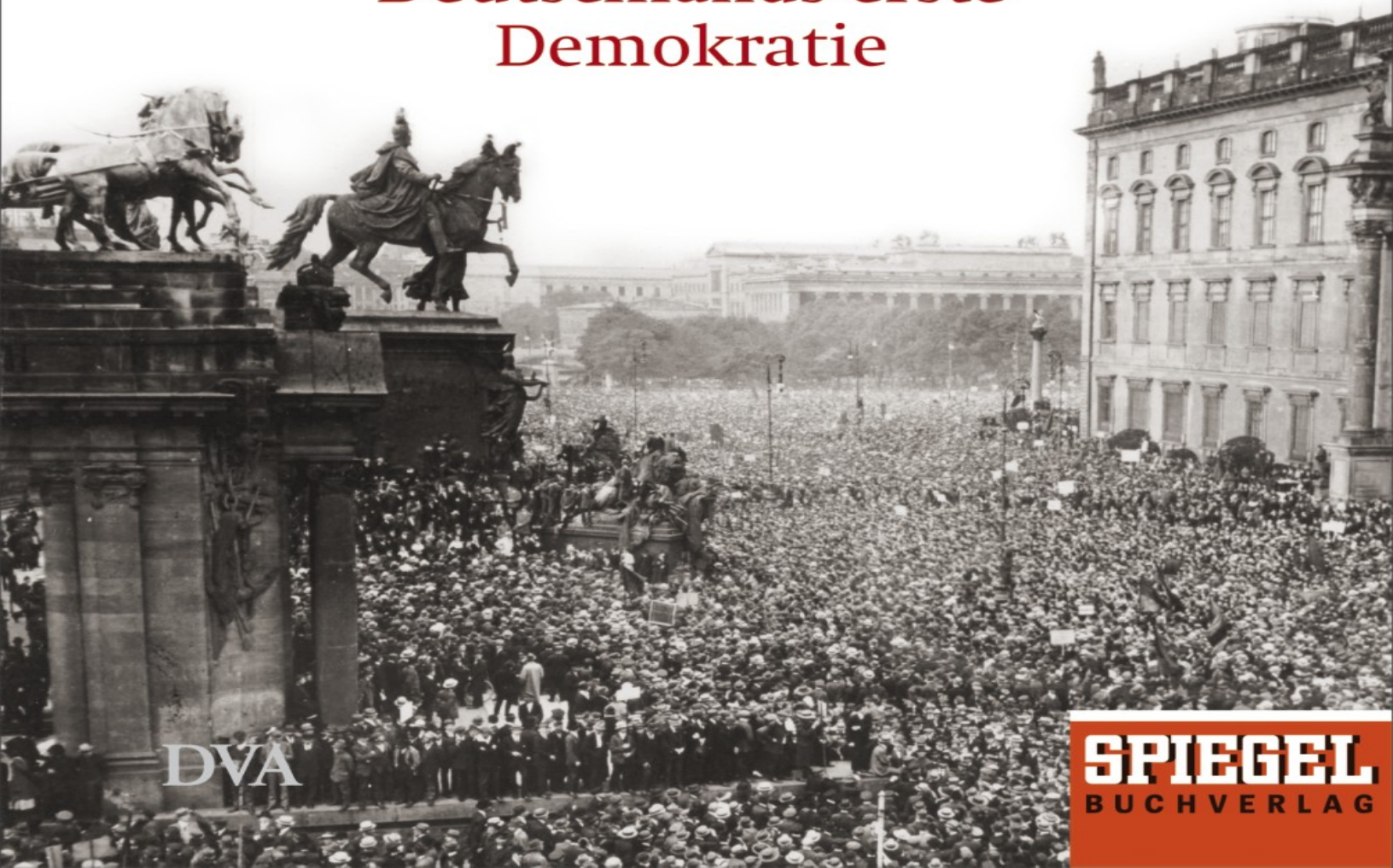




Uwe Klußmann / Joachim Mohr (Hg.)

DIE WEIMARER REPUBLIK

Deutschlands erste
Demokratie



DVA

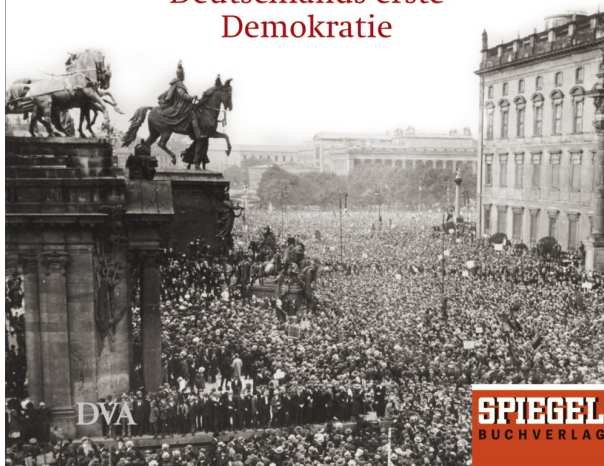
SPIEGEL
BUCHVERLAG



Uwe Klußmann / Joachim Mohr (Hg.)

DIE WEIMARER REPUBLIK

Deutschlands erste
Demokratie



REICHSBANKNOTE

C.00663788

Ein Billion Mark

Wer Banknoten nachmacht oder verfälscht, oder nachgemachte oder verfälschte sich erschafft und in Verkehr bringt, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft

zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer. Vom 1. Februar 1924 ab kann diese Banknote aufgerufen und unter Umtausch gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingezogen werden

Berlin, den 1. November 1923

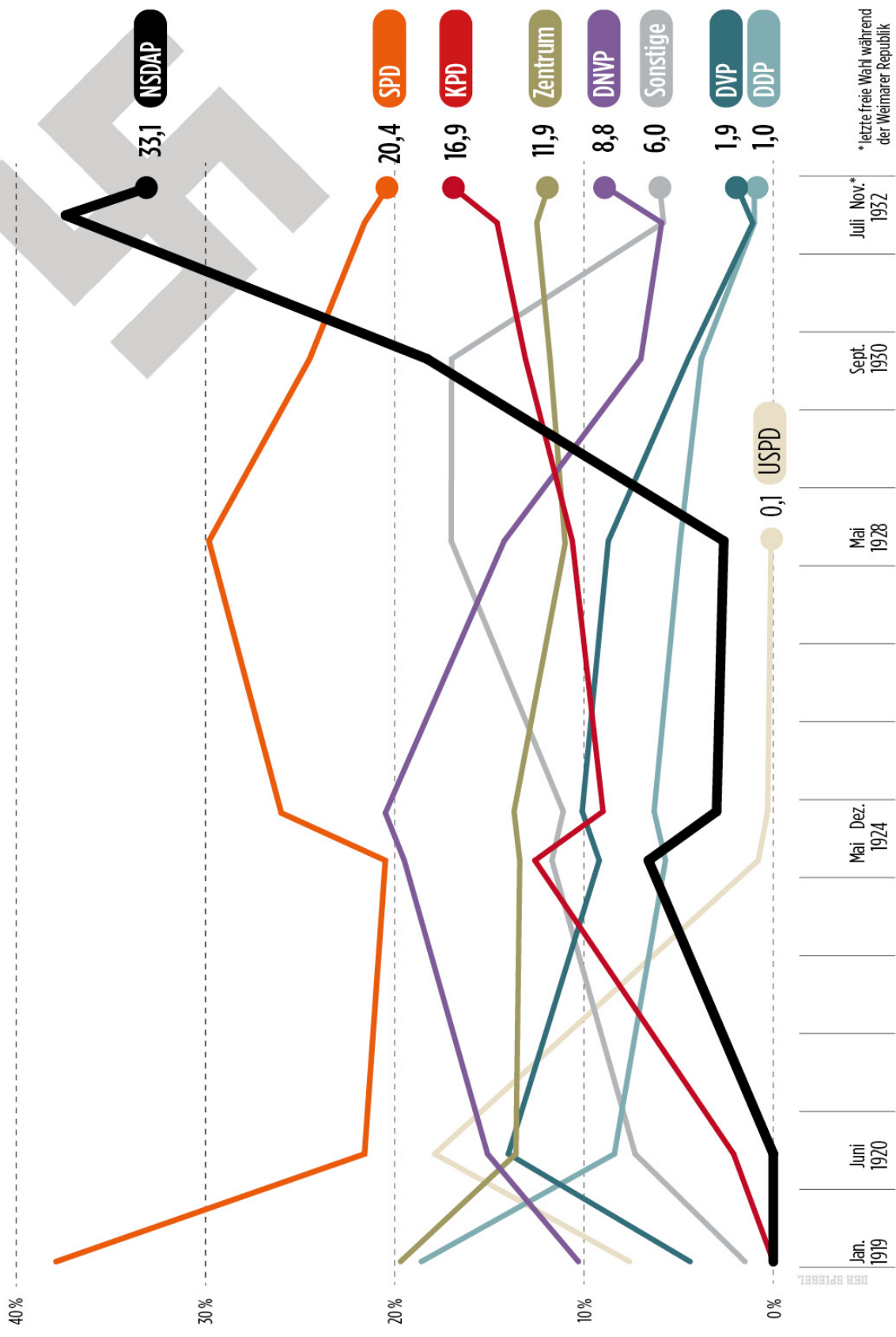
REICHSBANKDIREKTORIUM

*Hande: Harrop, Oppen, Hartmann
Hummel, Kuhn, Kuhn, Kuhn
Kuhn, Kuhn, Kuhn, Kuhn*



**1000
MILLIARDEN**

Reichstagswahlen Ergebnisse in Prozent



* letzte freie Wahl während der Weimarer Republik

Uwe Klußmann und Joachim Mohr (Hg.)

DIE WEIMARER REPUBLIK

Deutschlands erste Demokratie

Stefan Berg, Philipp Blom, Felix Bohr, Georg Bönisch, Annette
Großbongardt, Christoph Gunkel, Till Hein, Björn Hengst, Nils
Klawitter, Ulrike Knöfel, Alexander Kühn, Gunther Latsch, Kristina
Maroldt, Bettina Musall, Norbert F. Pötzl, Johannes Saltzwedel,
Eva-Maria Schnurr, Martin Skoeries, Michael Sontheimer, Gerhard
Spörl, Rainer Traub, Andreas Wassermann, Martin Wolf

Deutsche Verlags-Anstalt

Die Texte dieses Buches sind erstmals in dem Heft
»Die Weimarer Republik. Deutschlands erste Demokratie« (Heft 5/2014)
aus der Reihe SPIEGEL GESCHICHTE erschienen.

Vorsatzabbildung vorn: Eine Billion Mark, 1. November 1923,
© TV-Yesterday/INTERFOTO

1. Auflage
Copyright © 2015 Deutsche Verlags-Anstalt, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
und SPIEGEL-Verlag, Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Typografie und Satz: DVA/Brigitte Müller
Gesetzt aus der Caslon
Bildbearbeitung: Helio Repro, München
ISBN 978-3-641-16322-8

www.dva.de

Inhalt

Vorwort

TEIL I NEUANFANG

Vision einer besseren Zukunft

Von Eva-Maria Schnurr

»Mord war ein Mittel der Politik«

Das Gespräch führten

Uwe Klußmann und Joachim Mohr.

Blutiger Beginn

Von Michael Sontheimer

Der Sprengsatz

Von Till Hein

Millionenfaches Trauma

Von Rainer Traub

Vaterlandstreuer Gesell

Von Joachim Mohr

Träume und Albträume

Von Philipp Blom

TEIL II TRÜGERISCHE STABILITÄT

Volk im Temporaus

Von Kristina Maroldt

Herrscher an der Ruhr

Von Nils Klawitter

Fundament des Friedens

Von Martin Skoeries

Der König von Köln

Von Norbert F. Pötzl

Gegen alle Hindernisse

Von Christoph Gunkel

Der Ersatzkaiser

Von Georg Bönisch

Der Helden Heimat

Von Gunther Latsch

TEIL III KULTURELLER AUFBRUCH

Wildes Flackern und Brennen

Von Andreas Wassermann

Nomaden der Großstadt

Von Stefan Berg

Aufbruch ins Kampfgelände

Von Johannes Saltzwedel

Bubikopf und Seidenstrumpf

Von Bettina Musall

Kathedralen zu Wohnmaschinen

Von Ulrike Knöfel

Mut zur Wahrheit

Von Alexander Kühn

TEIL IV

DER WEG IN DIE DIKTATUR

Kampf gegen die Weltordnung

Von Uwe Klußmann

Feinschliff am Führer

Von Gerhard Spörl

Todesstunde der Republik

Von Felix Bohr

»Demokratie oder Faschismus«

Von Björn Hengst

Trugbild vom Paradies

Von Rainer Traub

»Verrat am Führer«

Von Uwe Klußmann

Sensation im Dunkeln

Von Martin Wolf

ANHANG

Chronik

Buchhinweise

[Autorenverzeichnis](#)

[Dank](#)

[Personenregister](#)

Vorwort

Was der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am Nachmittag des 9. November 1918 vom Balkon des Reichstags dem versammelten Volk zurief, klang nach großem Aufbruch: »Das alte Morsche ist zusammengebrochen«, verkündete der SPD-Politiker und fügte hinzu: »Es lebe die deutsche Republik.« Es waren Worte, die Geschichte schreiben sollten. Im Januar 1919 fand die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung statt, die wegen Unruhen in der Hauptstadt in Weimar tagte. Es entstand die erste Demokratie in Deutschland.

Frauen erhielten das Wahlrecht, Arbeiter den Acht-Stunden-Tag. Doch der jungen Republik war keine ruhige Entwicklung vergönnt. Bewaffnete Aufstände von links, Putschversuche von rechts und politische Morde etwa an Reichsaußenminister Walther Rathenau erschütterten das Land und weckten bei vielen Deutschen die Sehnsucht nach einer starken Hand. Hinzu kam in allen politischen Lagern das Gefühl der Demütigung aufgrund der harten Bedingungen des Versailler Friedensvertrags nach Ende des Ersten Weltkriegs mit seinen schweren Reparationslasten.

Die nationalistische Rechte war auf dem Vormarsch. Die Arbeiterbewegung hingegen zeigte sich gespalten, ihr staatstragender Teil, die Sozialdemokraten, hatte viel von seiner früheren Dynamik verloren. Nach dem Tode des ersten Präsidenten der Republik, des Sozialdemokraten Friedrich Ebert, fehlte den republikanischen Kräften eine Integrationsfigur. Bei der Wahl des Reichspräsidenten 1925 folgte auf den Sattlergesellen Ebert der rechtsgerichtete Gutsbesitzer und Generalfeldmarschall a. D. Paul von Hindenburg. Er wurde zu einer Art Ersatzkaiser. Warum Hindenburg bis zum Ende der Republik deren dominierende Figur blieb, darüber sprachen die Herausgeber dieses Buches mit dem Stuttgarter Historiker Wolfram Pyta.

Eine trügerische wirtschaftliche Stabilität verdeckte ab 1924 zunächst, wie wenig gefestigt die Republik war. In den Jahren bis 1929 entfaltete sich

vor allem in den großen Städten ein aufregendes kulturelles Leben in Theater, Film, Literatur, Malerei und Architektur.

Die kulturelle Blüte konnte den politischen Ruin der Republik indes nicht verhindern. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 führte zu Massenarbeitslosigkeit; die Gegensätze zwischen den verfeindeten gesellschaftlichen Milieus brachen hervor: Rote Revolutionäre mobilisierten gegen gemäßigte Reformer, Rechtsextreme bekämpften sogenannte Vernunftrepublikaner. Wie skrupellos rechtsgerichtete Kräfte die Demokratie zerstören wollten, offenbarte der nationalistische Großverleger Alfred Hugenberg bereits 1928: »Wir müssen den parlamentarischen Weg missbrauchen, um in die Machtstellungen des Staates zu kommen, mit der festen Absicht, eines Tages von diesen Machtstellungen aus das Parlament zu vernichten.«

Mit dem Scheitern einer Großen Koalition zwischen Sozialdemokraten und bürgerlich-konservativen Parteien im März 1930 spitzte sich die Krise der Republik zu. Die SPD, die stärkste der demokratischen Parteien, gelangte nicht wieder an die Regierung. Die Sozialdemokraten verloren Wähler zugunsten der Kommunisten und wurden von ihnen als »Sozialfaschisten« und »Hauptstütze der Kapitaldiktatur« geschmäht. So blieb die politische Linke hoffnungslos geschwächt.

Die Wähler der bürgerlichen Mitte und der konservativen Parteien gerieten hingegen mehr und mehr in den Sog der NSDAP. Die präsentierte sich mit uniformierten Straßenkämpfern als Volkspartei des Protestes und als Aufstand einer jungen Generation gegen ein »verkalktes« System republikanischer »Bonzen«. Den Nazis gelang es, mit der Parole von der »Volksgemeinschaft« sowohl antikapitalistische Sehnsüchte nach sozialer Veränderung als auch konservative Wünsche nach Ordnung zu bedienen. Als besonders anfällig für die NSDAP-Parolen erwies sich dabei die Landbevölkerung in protestantischen Gegenden; Katholiken und organisierte Linke blieben eher auf Distanz.

Die gemäßigten bürgerlichen Kräfte waren gegen den Ansturm der Hitler-Bewegung machtlos. Die ab 1930 wechselnden Kanzler regierten zunehmend mit Notverordnungen des Reichspräsidenten. So sank der

Einfluss des Wahlvolkes auf die Politik, und die Demokratie wurde diskreditiert. Die Sehnsucht nach einem neuen Menschen war weit verbreitet, wie der Schriftsteller Philipp Blom in einem Essay über »Träume und Albträume« jener Zeit schreibt. Daraus speisten sich auch die totalitären Bewegungen.

Im Juli 1932 erlangten NSDAP und KPD bei der Reichstagswahl gemeinsam eine absolute Mehrheit – damit war die demokratische Republik lahmgelegt. Ein letzter Versuch des Reichskanzlers Kurt von Schleicher Ende 1932 /Anfang 1933, die »Machtergreifung« Adolf Hitlers zu verhindern, lief auf eine getarnte Militärdemokratie hinaus. Im Januar 1933 schließlich ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg den Führer der NSDAP Hitler zum Reichskanzler.

Im Jahr darauf wurde der letzte Kanzler der Republik von Schleicher auf Befehl der Nazis erschossen, ohne Prozess und Gerichtsurteil. Andere frühere Kanzler wie Joseph Wirth und Heinrich Brüning retteten sich durch Emigration, wie auch viele Tausende deutsche Staatsbürger – Liberale, christliche Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten – das Land verließen. Die Weimarer Republik hatte ein tragisches Ende genommen.

Hamburg, im Sommer 2015

Uwe Klußmann, Joachim Mohr

TEIL I

NEUANFANG

Vision einer besseren Zukunft

Die Weimarer Republik wird oft nur als Vorspiel der NS-Diktatur wahrgenommen, als Inbegriff des Scheiterns. Doch das verkennt die komplexe Wirklichkeit der ersten deutschen Demokratie.

Von Eva-Maria Schnurr

Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise 1932 hatte in Berlin jemand die Idee, ein Geschäft daraus zu machen. Eine besondere Stadtführung sollte den wenigen verbliebenen Touristen die »Weltstadt in der Krise« nahebringen: Man besuchte die Ämter, in denen die Erwerbslosen stempeln gingen, besichtigte Heime für Arbeitslose, leer stehende Neubauten und halb fertiggestellte Villen, streifte durch stillgelegte Betriebe und beguckte am Abend die Asyle für Obdachlose und die Versammlungen der Radikalen. »Krise gefällig?« betitelte die *B.Z. am Mittag* mit unverhohlener Ironie ihre Meldung über die ungewöhnliche Touristentour am 7. Mai 1932.

Die Krise gilt gemeinhin als der Schlüsselbegriff für die Geschichte der gesamten Weimarer Republik. Auf den ersten Blick wirken die gut 14 Jahre zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Beginn der Hitler-Diktatur wie eine endlose Abfolge von Tiefpunkten, einer düsterer als der andere: Der Niederlage im Weltkrieg folgte eine Revolution, auf die kaum jemand so richtig stolz war; den jungen Staat bedrohten rechtsradikale Putschisten, politische Morde und eine nie dagewesene Hyperinflation. Die Regierungen wechselten ständig – die insgesamt 19 Kabinette der Weimarer Zeit hielten durchschnittlich gerade einmal acht Monate durch. Die radikalen Parteien am rechten und linken Rand gewannen immer weiter an Zuwachs, die politische Mitte erodierte. Ab 1929 folgten: Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, Hitler.

Die Weimarer Republik und ihre viel beschriebene Daueragonie sind so etwas wie das Schreckgespenst der deutschen Geschichte. Die erste

Demokratie hierzulande gilt als Beispiel für einen frontal gegen die Wand gefahrenen Staat, eine Art »failed state«. Bis heute gehört die Warnung vor »Weimarer Verhältnissen« zum Phrasenrepertoire des politischen Kommentars. Bei vielen Stichworten aus dieser Zeit zuckt man auch heute noch zusammen, so aktuell klingen sie: Wirtschaftsmisere, Inflation, Arbeitslosigkeit, Verschwinden der Mittelschicht – alles schon mal da gewesen, vor nicht einmal hundert Jahren, damals mit dem bekannten, furchtbaren Ausgang.

Als Beruhigungsmittel diente über Jahrzehnte der Satz »Bonn ist nicht Weimar«. Der Buchtitel des Schweizer Journalisten Fritz René Allemann von 1956 wurde zu einer Art Mantra der Bundesrepublik. Eine wiederholte Selbstbeschwörung, dass es diesmal schon gut gehen werde mit den Deutschen und der Demokratie.

War das neue Grundgesetz denn nicht auch ungleich eleganter als die scheinbar fehllkonstruierte Weimarer Verfassung mit ihrem wackeligen Kompromiss zwischen repräsentativen und plebiszitären Elementen, mit ihren gefährlichen Regelungen zum Ausnahmezustand und der fehlenden Fünf-Prozent-Hürde, die die Mehrheitsfindung im Parlament so schwer machte? Identifizierten sich nun nicht viel mehr Menschen mit dem Staat und seinen Gesetzen als unter der Weimarer Verfassung? Gab es in der Bundesrepublik nun nicht eine viel lebendigere Streitkultur, eine viel gefestigtere Parteienlandschaft als in der notorisch zerstrittenen Weimarer Republik? Funktionierte die Wirtschaft nicht viel besser, selbst in Phasen schlechter Konjunktur? Und wäre nicht der erneute Aufstieg eines Demokratiefeindes, wie der von Hitler, schlicht undenkbar? Dennoch: »Als Negativfolie und Menetekel wurde die erste deutsche Demokratie zu einem politischen Symbol, mit dessen Hilfe sich die zweite ihrer eigenen Identität versicherte«, schreibt der Historiker Sebastian Ullrich in seinem Buch »Der Weimar-Komplex«.

Es ist bis heute entlastend, die Gegenwart in dieser Weise von der Vergangenheit abzugrenzen. Man betrachtet dann einfach die Weimarer Republik als von Beginn an belastetes Sorgenkind, das aufgrund von Mängeln der Verfassung und demokratischer Unreife der Bevölkerung nie

eine Chance hatte. Ein Land in der Dauerkrise. Auch Historiker haben die Republik von Weimar über lange Zeit hinweg so gesehen.

Doch eine solche Sicht greife zu kurz, warnt der in Irland lehrende Deutschland-Historiker Anthony McElligott, Herausgeber des 2009 erschienenen Weimar-Bandes der »Short Oxford History of Germany«. Die Weimarer Republik als ein Staat auf dem Weg in den Untergang – das ist so nah an der Wirklichkeit wie die Stadtführung in Berlin 1932, die den Touristen ausschließlich Symptome des Niedergangs zeigte und so tat, als gäbe es keine anderen Sehenswürdigkeiten. Eine solche Sicht »beeinträchtigt das differenzierte Verständnis des komplexen Zusammenspiels verschiedener Kräfte, die die Republik seit ihren Anfängen formten und umformten«, schreibt McElligott.

In der Geschichtswissenschaft hat sich in den vergangenen Jahren für die Weimarer Zeit ein Paradigma der Gestaltungsoffenheit durchgesetzt, so etwas wie ein Grundkonsens, dass eben nichts vorbestimmt, nichts von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Die Gestaltungsspielräume waren groß, nicht nur für die Politik, sondern auch für die Bürger in diesem neuen Staatsgebilde. »Nichts war sicher, und alles war möglich«, beschreibt der Historiker Peter Fritzsche das verbreitete Lebensgefühl. Klaus Mann, Sohn des Dichters Thomas Mann, formulierte im Jahr 1927 ganz ähnlich: »Wir sind in der sonderbaren Lage, ständig alles für möglich zu halten, das macht uns angespannt und bewahrt vor Erstarrung.« Das prägte die Menschen, ihre Träume, aber auch ihre Sorgen – und es machte viele von ihnen am Ende empfänglich für radikale Lösungen.

»Die Republik war von einem weisen Mann aus dem Auslande ins Heilige Römische Reich gebracht; was man mit ihr machen sollte, hat er nicht gesagt; es war eine Republik ohne Gebrauchsanweisung«, spöttelte Schriftsteller Alfred Döblin 1921. Vieles in diesem jungen Staat musste neu erfunden werden oder sich neu finden: Es brauchte eine neue Verfassung. Die durch Reparationszahlungen und Inflation gebeutelte Wirtschaft musste wieder auf die Beine kommen. Gesellschaftliche Strukturen veränderten sich durch die neue Ordnung: Der Adel verlor massiv an Einfluss; Frauen, die nun erstmals das aktive und passive

Wahlrecht hatten, emanzipierten sich, immer mehr von ihnen wollten in modernen Berufen arbeiten, in der Industrie, im Handel, im öffentlichen Dienst, oder studieren; traditionelle Rollenbilder brachen auf. Und nicht zuletzt musste sich eine neue politische Kultur entwickeln in einem Land, das bisher ein monarchischer Obrigkeitsstaat gewesen war und nun eine Demokratie sein sollte, gezwungen zu Debatten, zu Mehrheiten, zu Kompromissen.

Doch nicht nur wegen der neuen, ungewohnten Verfassung, der unsicheren Wirtschaftslage, der gesellschaftlichen Veränderungen erlebten die Menschen ihre Gegenwart als eine Umwelt, in der sie sich ganz neu orientieren mussten. Die Industrialisierung im 19. Jahrhundert, vor allem aber der Erste Weltkrieg, der die Entwicklung wie ein Katalysator beschleunigte, und die für viele Menschen schwer zu akzeptierende Niederlage des Deutschen Reiches hatten hergebrachte Gewissheiten, Normen und Bindungen zerstört. Übergreifende Sinnbezüge wie Gott, Nation, Familie verloren an Bedeutung.

»Eine Generation, die noch mit der Pferdebahn zur Schule gefahren war, stand unter freiem Himmel in einer Landschaft, in der nichts unverändert geblieben war als die Wolken, und in der Mitte, in einem Kraftfeld zerstörender Ströme und Explosionen, der winzige, gebrechliche Menschenkörper«, beschrieb der Philosoph Walter Benjamin das Gefühl gegen Ende des Ersten Weltkriegs in der Retrospektive 1936; der ungarische Denker Georg Lukács hatte es 1916 auf die Formel von der »transzendentalen Obdachlosigkeit« gebracht. Den Menschen hatte es den Boden unter den Füßen weggezogen, noch war unklar, wann und wo sich wieder fester Boden finden würde.

Das schürte Angst und Verunsicherung. Doch es setzte auch Energien und Aufbruchgedanken frei: Die Menschheit könne sich nun eine neue Zukunft schaffen, freute sich der Dichter Rainer Maria Rilke über die Revolution von 1918. In der Kunst und der Architektur, in Literatur, Film, Theater, Design und Musik experimentierten Pioniere der Avantgarde mit den Möglichkeiten, mit der Freiheit, brachten Werke von Weltgeltung hervor, die bis heute Bestand haben.

In Lebensreformbewegungen von der Freikörperkultur (FKK) über die Reformhausbewegung bis hin zur Reformpädagogik suchten die Menschen nach neuen Lebensformen; in den großen Städten entwickelte sich eine moderne Massenkultur rund um Filme, Illustrierte und Sportveranstaltungen wie Boxen und Radrennen.

Die neuartigen Möglichkeiten weckten allerdings auch Erwartungen – mehr, als der junge Staat erfüllen konnte. Zwar konnte die Weimarer Republik bis Mitte der Zwanzigerjahre viele Erfolge verzeichnen: Sie schuf eine funktionierende Verfassung und schaffte die Re-Integration in die internationale Gemeinschaft. Politische Gegensätze wurden im Parlament kanalisiert und damit nicht mehr auf der Straße ausgetragen, Vertreter von Kapital und Arbeit verhandelten an runden Tischen über Löhne und Gehälter, die Wahlbeteiligung war hoch, zahlreiche Menschen nahmen durch Mitgliedschaften in Gewerkschaften oder Vereinen auf positive Weise am Leben der Republik teil, und die Unterstützungsleistungen für Kriegsversehrte waren höher als etwa in Großbritannien. Das Prinzip des modernen Sozialstaats etablierte sich.

DER NAME DES FEINDES

Warum heißt die erste deutsche Demokratie eigentlich »Weimarer Republik«?

Eine Mischung aus Idealismus und Pragmatismus führte die verfassungsgebende Nationalversammlung am 6. Februar 1919 ausgerechnet in Weimar zusammen, um die Grundlagen zu legen für einen demokratischen Staat in Deutschland. In Berlin herrschte noch Bürgerkrieg, Weimar dagegen, die Kleinstadt an der Ilm, war ruhig und sicher, dazu gab es genug Tagungsräume, und sie lag verkehrsgünstig. Aber die Entscheidung für die Stadt der deutschen Klassik, der Dichter und Denker sollte auch eine Abkehr von Imperialismus und Preußentum symbolisieren. Es werde »in der ganzen Welt angenehm empfunden werden, wenn man den Geist von Weimar mit dem Aufbau des neuen deutschen Reiches verbindet«, erklärte der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert. »Die Verlegung der Nationalversammlung nach dem Herzen Deutschlands wird den Einheitsgedanken, die Zusammengehörigkeit des Reiches mächtig stärken.«

Doch Eberts Wunsch von der Einheit erfüllte sich nicht. Das zeigt schon die Tatsache, dass es während der gesamten Zeit der »Weimarer Republik« keinen Namen für den Staat gab, mit dem sich alle identifizieren konnten. Der offizielle Name, so entschied die Nationalversammlung, war »Deutsches Reich« – doch den benutzte eigentlich niemand, wie der Historiker Sebastian Ullrich aufzeigt: Auf der rechten Seite des politischen Spektrums wollte man dem demokratischen Staat den vermeintlichen Ehrentitel »Reich« nicht zugestehen. Bei der katholischen Zentrumspartei favorisierte man »Deutscher Volksstaat«, bei der SPD »Republik«.

Mitte der Zwanzigerjahre hatte sich die Bezeichnung »Deutsche Republik« zwar weitgehend etabliert – doch nicht in allen Ohren klang das positiv. Im Gegenteil: Für Antidemokraten war »Republik« ein Synonym für die beklagte Schwäche des Staates, ein Schimpfwort, das mit Verweis auf die kleine Stadt in Thüringen, in der die Verfassung entstand, noch wirkungsvoller wurde.

Es war Adolf Hitler, der zum ersten Mal von der »Republik von Weimar« sprach, am 24. Februar 1929 auf einer NSDAP-Versammlung in München – damit wollte er den Staat diffamieren und abwerten. Kurz darauf schrieb er in einem Zeitungsartikel von der »Weimarer Republik«. Erst im Nachhinein, in den Fünfzigerjahren, etablierte sich der Name, den der ärgste Feind der Republik ihr gegeben hatte, vor allem in der

westdeutschen Politik und in der Geschichtswissenschaft. Nun sollte er verdeutlichen, dass die Republik von Weimar nicht die einzige mögliche Form von Demokratie auf deutschem Boden war.

Dennoch sahen viele ihre Hoffnungen in die neue Ordnung enttäuscht: Besitz- und Einkommensverhältnisse wandelten sich nicht grundlegend, die in der Verfassung zugesicherte Chancengleichheit für alle blieb oftmals nur ein Versprechen. Während der Inflation erodierte das Vertrauen gerade auch in der Mittelschicht gegenüber der Republik. Zu langsam ging vielen die parlamentarische Entscheidungsfindung voran, der ständige Streit zwischen den Parteien zermürbte, politische Kompromisse empfanden viele als halbherzig.

Unzufriedenheit machte sich breit, auch weil die Gesellschaft in sich gespalten war: »Neben den ausgeprägten sozialen Konflikten waren insbesondere der tiefe Unmut zwischen den Generationen, die neuartige Konkurrenz zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt und in öffentlichen Bereichen, der Antagonismus der Konfessionen und das grundlegende Unverständnis zwischen Stadt und Land bemerkenswert«, schreibt die Hamburger Historikerin Ursula Büttner.

Hoffnungen auf eine bessere Zukunft wurden von rechten wie von linken Parteien genährt, die leuchtende Bilder der kommenden Zeit malten, von Stabilität, gesellschaftlicher Harmonie und Volksgemeinschaft, wie das Ideal über die politischen Lager hinweg genannt wurde. Die Gegenwart wurde in dieser Perspektive zu einer Übergangszeit, einer krisenhaften Phase, die es zu überwinden galt.

Die Krise wurde zu einem geflügelten Wort. Zusammen mit »Mahlzeit!«, »Wem sagen Sie das« und »Warum bist du so nervös«, zählte das Berliner *8-Uhr-Abendblatt* 1932 die »Weltwirtschaftskrise« zu den beliebtesten Floskeln. Doch das Krisengerede war mehr als harmloses Alltagsgejammer: Die Rhetorik der Krise war ein bewusst eingesetztes Mittel, um dem Staat das Vertrauen der Bürger zu entziehen. »Es gibt keine Möglichkeiten mehr, das heutige System zu erhalten, sondern dieses System steuert schicksalhaft und notwendig seinem Untergang zu. Die Krise wird im Gegenteil um so schärfer und schwerer, je weiter man sich in das heutige System verrennt«, hieß es beispielsweise zur Jahreswende 1931/32 in der revolutionär-konservativen Zeitschrift *Die Tat*, die etwa 30000 Leser vor allem in den Mittelschichten erreichte.

Auch deshalb ist Vorsicht bei der Betrachtung der Epoche geboten: »Jeder Historiker, der die Weimarer Gesellschaft als von Dauerkrisen geprägt betrachtet, läuft Gefahr, ein Narrativ zu wiederholen, das von denjenigen aufgebracht wurde, die das demokratische System durch ein autoritäres ersetzen wollten«, warnt der Historiker Benjamin Ziemann in seinem Aufsatz »Weimar war Weimar«.

Bei allem, was schief lief in der Weimarer Republik: Die vielen Krisen waren nur eine Seite der komplexen Wirklichkeit, eine, die aus der Rückschau oft zu viel Gewicht erhält. Für einen nach allen Seiten hin offenen Blick auf die Geschichte Deutschlands zwischen 1918 und 1933 braucht es paradoxerweise so etwas wie partielle Geschichtsvergessenheit: Man muss, erst einmal, ausblenden, wie katastrophal die Epoche endete. Die Zeitgenossen konnten ja nicht wissen, wie das Experiment der ersten Demokratie auf deutschem Boden ausgehen würde.

Alternativlos war der Weg in die NS-Diktatur nicht. Noch Ende der Zwanzigerjahre habe nichts auf die Dinge hingedeutet, die kommen sollten, schreibt Anthony McElligott, und noch 1933 hätte die Geschichte eine andere Wendung nehmen können, noch immer gab es Entscheidungsoptionen jenseits von Hitler: »Hitler war weder die vorausbestimmte noch die logische Schlussfolgerung der Republik.« Gerade deshalb ist die Weimarer Republik ein warnendes Beispiel, wie fragil eine Demokratie – jede Demokratie – ist. Es waren nicht die politischen und wirtschaftlichen Krisen, die sie verhinderten. Es waren Menschen, die keine demokratische Zukunft wollten.